

Frauen | 30.01.2025 | Nr. 22/25

Katja Rathje-Hoffmann: Besserer Gewaltschutz und mehr Unterstützung für Frauen

Zu den aktuellen Verständigungen zum besseren Schutz von Frauen erklärt die frauenpolitische Sprecherin Katja Rathje-Hoffmann:

„Jeden Tag sind zu viele Frauen von Gewalt betroffen. Frauen und Mädchen sind aufgrund ihres sozialen Geschlechts und/oder biologischen Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität stark von Gewalt betroffen. Gewalt gegen Frauen hat zudem viele Formen: von häuslicher Gewalt, von sexueller Belästigung und Vergewaltigung bis hin zu psychischer Gewalt und Stalking. Die Auswirkungen von Gewalt an Frauen und Mädchen sind tiefgreifend und nachhaltig. Viele Betroffene leiden unter schwerwiegenden gesundheitlichen, psychischen und sozialen Folgen.

Deswegen freue ich mich sehr, dass im Bund gestern eine Einigung der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grüne zum Gewalthilfegesetz gefunden wurde. Frauen und Kinder werden zukünftig einen Rechtsanspruch auf Schutz bekommen. Das ist ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen Gewalt an Frauen und Kinder. Für Schutz- und Beratungsangebote beteiligt sich der Bund über einen Zeitraum von zehn Jahren mit 2,6 Milliarden Euro.

Auch als Land stellen wir für den Bereich Hochrisikomanagement und den Schutz von Frauen zusätzlich 3,5 Mio. Euro bereit, um Frauen und Kinder in Zukunft besser zu schützen. Das Hochrisikomanagement wird zudem personell verstärkt, indem wir zusätzliche Stellen bei der Landespolizei fördern. Beim Hochrisikomanagement kommt es besonders darauf an, dass Prozesse gut verzahnt sind und die Beteiligten schnell handeln.

Ein weiterer Erfolg ist die Einigungen von CDU/CSU, SPD und Grüne im Bund hinsichtlich des Mutterschutzes bei Fehlgeburten. Frauen, die ab der 13. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden, sollen künftig Anspruch auf Mutterschutz haben. Das ist ein wichtiger Schritt, denn Fehlgeburten kann für viele Frauen eine sehr traumatische Erfahrung in ihrem Leben sein. Während der körperliche und emotionale Heilungsprozess nach einem Verlust oft lange anhält, bleibt die Frage nach rechtlicher Unterstützung im Falle eines Mutterschutzes häufig unbeantwortet. Das kann zu zusätzlicher emotionaler Belastung und psychischen Stress führen. Daher begrüße ich es sehr, dass der gesetzliche Mutterschutz sich zukünftig stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen von betroffenen Frauen orientiert“, so Rathje-Hoffmann.